

"Öffentlichkeit" als historische Kategorie und als Kategorie der Historie

Autor(en): **Imhof, Kurt**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **46 (1996)**

Heft 1: **Öffentlichkeit = L'espace public**

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-81148>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Öffentlichkeit» als historische Kategorie und als Kategorie der Historie

Kurt Imhof

Résumé

A l'instar de nombreux essais culturellement pessimistes, une grande partie des recherches sur la communication politique dans les sociétés modernes ont été marquées implicitement ou explicitement par le modèle idéal d'un espace public issu de la philosophie des Lumières. Dès lors l'interaction dans et entre les associations de type Ancien Régime est mesurée à l'aune d'un déclin continu. Pour les sciences sociales, c'est le caractère normatif de cette perception qui doit être interrogé en premier lieu. Il s'agit de l'explicitement historiquement en tant que noyau central des sociétés démocratiques et de la comprendre dans sa signification de force d'impulsion («Triebkraft») sociale. Ceci suppose dans un premier temps une discussion contrastée entre les «champs d'expériences» et les «horizons d'attentes» qui se rapportent à l'espace public. Une seconde réflexion s'avère nécessaire sur les différences entre attente normative et évolution réelle, afin de parvenir à établir une catégorie analytique de l'espace public mieux à même de rendre compte de la communication politique dans les sociétés modernes comme un processus d'intelligibilité que ne le permet une conception marquée par l'idéal de la démocratie directe des associations d'Ancien Régime. C'est sur cette double interrogation partant des origines historiques d'une conception normative de l'espace public et d'une conception analytiquement différenciée que se concentre cet article.

Mit der «Öffentlichkeit» hat man es mit etwas zu tun, an dem alle teilhaben können. Indem an «Öffentlichkeit» alle teilhaben können, dient sie allen gemeinsam als Referenzrahmen für Dinge, die als allgemein bekannt vorausgesetzt werden oder von denen Kenntnis zu nehmen allen möglich ist. Mit der «Öffentlichkeit» verbinden wir die Vorstellung, dass es etwas gibt, worin alle involviert sind. Selbst wenn uns sonst nichts verbindet, in der Möglichkeit zur passiven Teilhabe an der «Öffentlichkeit» sind wir uns

alle gleich. Gesellschaft ist deshalb ohne «Öffentlichkeit» im eigentlichsten Sinne des Wortes nicht denkbar. Ausschliesslich die «Öffentlichkeit» macht für die Subjekte einer Gesellschaft die Vorstellung des *Kollektivsubjekts* 'Gesellschaft' erst möglich und damit *schliesslich* die weitere Vorstellung, dass man sich diesem Kollektivsubjekt als solchem zuwenden könne. «Öffentlichkeit» macht also aus einer Summe von Individuen eine Gesellschaft, in der sich diese Individuen orientieren, ihre Identitäten ausbilden und an die sich die Individuen wenden, wenn sie etwas allgemein zugänglich machen wollen. Damit ist die «Öffentlichkeit» das Medium der *Selbstreferenz* der Gesellschaft. In der «Öffentlichkeit» spiegelt sich die Gesellschaft, und nur, weil sie sich darin spiegelt, ist sie sich ihrer selbst bewusst. In dieser Sicherung von Intersubjektivität, in der Selektion derjenigen Themen und Ereignisse, die der Bearbeitung durch die politischen Institutionen des Staates bedürfen, und in der Kontrolle dieser politischen Institutionen hat die «Öffentlichkeit» ihre wichtigsten Funktionen. Sie rechtfertigen die Auseinandersetzungen mit dieser besonderen Sphäre, ihrer Institutionen, ihrer Struktur und ihrem Inhalt: der öffentlichen Kommunikation gegenüber einem unbekanntem Publikum.

Wenn man die Auseinandersetzungen um diesen besonderen Bereich moderner Gesellschaften in den Geistes- und Sozialwissenschaften und im gehobenen Feuilleton verfolgt, dann fällt auf, dass die wieder aktuelle Rede vom Zerfall, der Vermachtung oder der Monopolisierung der «Öffentlichkeit» und die Klage über die Trivialisierung ihrer Inhalte auf einem Öffentlichkeitsverständnis beruht, das ausserordentlich stark normativ geladen ist. Weite Bereiche der geistes- und sozialwissenschaftlichen Öffentlichkeitsforschung orientieren sich gleich wie kulturkritische Essays implizit oder explizit am *Öffentlichkeitsideal* der Aufklärungsphilosophie oder gar am aristotelischen Öffentlichkeitsbegriff, um die politische Kommunikation moderner Gesellschaften daran messen zu können. Dadurch wird das herrschaftsemanzipierte Raisonement freier Bürger, welches gemäss dem Diktum Immanuel Kants 'Vernunft und Tugend' und demjenigen Aristoteles' den 'logos' produzierte, zum Massstab eines beständigen Niedergangs.

Die Geistes- wie die Sozialwissenschaften muss gerade dieses normative 'Sollen' interessieren, das an das 'Sein' real existierender «Öffentlichkeit» herangetragen wird. Diesen normativen Bezug zum *Kernbereich* demokratischer Gesellschaften gilt es historisch zu erklären und in seiner Bedeutung als soziale 'Triebkraft' zu verstehen. Dies setzt eine Auseinandersetzung mit der «Öffentlichkeit» als *historischer Kategorie* voraus. Mit anderen Worten: Eine Vergegenwärtigung der historisch gewachsenen Sinnbezüge und normativen Erwartungen, die an diese Sphäre geknüpft

sind. Dann ist die Reflexion auf die Differenz von Sollen und Sein nützlich, um zu einem Öffentlichkeitsbegriff zu gelangen, der als *Kategorie der Historie* – als analytischer Begriff der Geschichtswissenschaft also – heuristisch tragfähiger ist, als ein Öffentlichkeitsverständnis, das sich an der Utopie der Aufklärung orientiert. Dieser doppelten Fragestellung nach den historischen Ursprüngen des normativen Öffentlichkeitsverständnisses und einer analytischen Öffentlichkeitskategorie werde ich mich im folgenden zuwenden.

1. «Öffentlichkeit» als historische Kategorie

Bereits 1840 schrieb Alexis de Tocqueville: «In den demokratischen Völkern besitzt ... die Öffentlichkeit eine einzigartige Macht Sie bekehrt zu ihrem Glauben nicht durch Überzeugung, sie zwingt ihn auf und lässt ihn durch eine Art von gewaltigem geistigem Druck auf den Verstand jedes einzelnen in die Gemüter eindringen. In den Vereinigten Staaten übernimmt es die Mehrheit, den Menschen eine Masse fertiger Ansichten zu liefern, und sie enthebt sie dadurch der Aufgabe, sich selbst eine eigene zu bilden.»¹ Mit dieser Kritik des Historikers und Kulturkritikers Tocqueville beginnt eine Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit bzw. der öffentlichen Kommunikation, die bis heute anhält, mal mehr mal weniger virulent ist, aber in ihrer Kernaussage gleich bleibt. Die real existierende öffentliche Kommunikation ist in dieser Perspektive nicht Kommunikation zum Zwecke der ‘Überzeugung’, sie ist nicht herrschaftsemanzipiertes Raisonement über die gemeinsamen Dinge des Lebens, sondern – in den Worten Tocquevilles – ‘Zwang’, d. h. «eine Art von gewaltigem geistigem Druck auf den Verstand jedes einzelnen». Marxens spätere Formulierung über die ‘herrschende Ideologie als Ideologie der Herrschenden’ klingt hier an. Für diesen Kritiktypus lassen sich seither Beispiele aus allen politischen Milieus anführen: Die Sozialphilosophen Theodor Adorno, Herbert Marcuse und Jürgen Habermas etwa sprechen im Namen der kritischen Theorie von der Öffentlichkeit als «universalem Verblendungszusammenhang»², von einer «Massenkultur», die zum blossen «Konsumgut» degeneriert sei³; der liberale Soziologe Dahrendorf charakterisiert die Subjekte der modernen Kommunikationsgesellschaften als «passiv und einsam»⁴; die Sozialphilosophin Hannah Arendt sieht das freie Handeln

1 A. de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*, in: *Werke und Briefe II*, Stuttgart 1959, S. 22.

2 Th. W. Adorno: «Ideologie», in: Ders., *Exkurse*, Frankfurt a.M. 1956.

3 J. Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Darmstadt 1984.

4 R. Dahrendorf: «Aktive und passive Öffentlichkeit», in: M. Löffler (Hg.): *Das Publikum*, München 1969, S. 3ff.; vgl. auch D. Riesman: *Die einsame Masse*, Berlin/Darmstadt 1956.

der Menschen unter dem Einfluss moderner Öffentlichkeit zum blossen «Verhalten» «aussengesteuerter» und bloss noch konsumorientierter «Jobholders» absinken.⁵ Die extensive mediale Thematisierung von ‘sex & crime’ und die Entwicklung des Human-Interest-Journalismus beklagt der Sozialphilosoph Richard Sennett als «Tyrannei der Intimität»⁶; der Soziologe Helmut Dubiel spricht von einem genaueaufklärerischen politischen «Populismus»⁷, die Medienwissenschaftler Oskar Negt und Alexander Kluge reden von der ideologische Rattenfängerei in der «Saisonöffentlichkeit der Wahlen»⁸. Diese Aufzählung vergegenwärtigt die Kontinuität einer Fundamentalkritik, die die Moderne begleitet. Um ihre Kontinuität zu verstehen, ist es unabdingbar die *Wertbasis* dieser Kritik zu reflektieren. Es handelt sich bei dieser Wertbasis um das *aristotelische Öffentlichkeitsverständnis* (wie bei Hannah Arendt⁹ und Richard Sennett) und vor allem um das *Öffentlichkeitsideal der Aufklärungsphilosophie*. An der Utopie herrschaftsemanzipierten Rasonnements der Aufklärung oder an Aristoteles’ Beschrieb der politischen Praxis in der Polis Athen wird die öffentliche politische Kommunikation moderner Gesellschaften gemessen.¹⁰

Niemand geringerer als Immanuel Kant hat das Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung auf den Punkt gebracht: «Öffentlichkeit» setzt für Kant, genauso wie für Aristoteles, die Existenz von *Privatheit* voraus. Privatheit – mit der familiären Intimsphäre als ihrem Kern – bezeichnet jenen Bereich, in dem Privatleute ihren *privaten* Geschäften nachgehen. Aus dieser Sphäre privater wirtschaftlicher Konkurrenz treten die Privatleute heraus, um nun als *Bürger* in öffentlichem Diskurs über die Belange der Allgemeinheit zu befinden. In diesem Bereich der Öffentlichkeit kristallisiert sich die ‘*öffentliche Meinung*’ als ein im herrschaftsfreien Rasonnement der *Gleichen* erreichtes ‘*Zusammenstimmen*’¹¹ der privaten Meinungen. Dieses kann – weil nur mündige Bürger sich daran zu beteiligen haben: solche also, die sich ihres ‘Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen’ wissen – nur Ausdruck von Vernunft sein. Aufklärung als Austritt aus der ‘selbstverschuldeten Unmündigkeit’ ist daher nur im *Licht* der «Öffentlichkeit» zu realisieren: «Es ist für jeden einzelnen

5 H. Arendt: *Über die Revolution*, München 1974.

6 R. Sennett: *Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt a. M. 1983.

7 H. Dubiel (Hg.): *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt a. M. 1986.

8 O. Negt, A. Kluge: *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M. 1972.

9 Eine ausgezeichnete Darstellung des aristotelischen Politik- und Öffentlichkeitsbegriffs findet sich in: H. Arendt: *Vita Activa oder vom tätigen Leben*, München 1981.

10 Vgl. dazu ausführlicher, K. Imhof: «Öffentlichkeit und Gesellschaft», in: M. Schanne, P. Schulz (Hg.): *Journalismus in der Schweiz. Fakten, Reflexionen, Perspektiven*, Aarau 1993.

11 I. Kant: *I. Kants Werke*, hg. von E. Cassirer, Berlin, Bd. VI, S. 467.

Menschen schwer sich aus der ihm beinahe zur Natur gewordenen Unmündigkeit herauszuarbeiten ...»: «Dass aber *ein Publikum* sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit lässt, beinahe unausbleiblich.»¹² Indem Kant – im Namen der Aufklärung – der Staatsgewalt des Ancien régime ein rasonnierendes Publikum gegenüberstellt, wird unmissverständlich der Anspruch auf die Vernünftigkeit und die Moral alles Politischen gesetzt. Kant kann «Öffentlichkeit» entsprechend als Prinzip der bürgerlichen Rechtsordnung *und* als Methode der Aufklärung zugleich bestimmen: «Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muss. *Religion* durch ihre *Heiligkeit* und *Gesetzgebung* durch ihre *Majestät* wollen sich gemeiniglich derselben entziehen. Aber alsdann erregen sie gerechten Verdacht wider sich und können auf unverstellte Achtung nicht Anspruch machen, die die Vernunft nur demjenigen bewilligt, was ihre freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können.»¹³

Die Sprengkraft dieses Gesellschaftskonzepts, die der «Öffentlichkeit» als ihrer wichtigsten Sphäre die Kontrolle von Herrschaft und die Hervorbringung von Vernunft und Moral zumutet, zeigt sich in den Revolutionen an der Schwelle zur Moderne. Die Aufklärungsbewegung versteht sich als Vertretung des Volkes, die die Irrationalität und Willkür der überkommenen Herrschaft durch die der Vernunft entspringende Einsicht in die Gesetze des Sozialen ersetzt und damit die Subjekte, die Nationen und die Menschheit in den Status der Mündigkeit versetzt. Die Menschheit kommt aus der Vorgeschichte nun erst zu ihrer eigentlichen Geschichte, deren *Fortschritt* allen Krieg, alle Unterdrückung und alle Not beseitigen wird.

Nun lässt sich aber weder die epochenbegründende Wirkmächtigkeit des aufklärungsliberalen Öffentlichkeitsverständnisses noch die spätere, *parteiübergreifende* historische Tiefenwirkung dieser Utopie verstehen, wenn man nicht reflektiert, dass dieses rein *säkulare* Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung selbst wiederum in einem *zutiefst sakralen* Wertehorizont wurzelt.

Im 16. Jahrhundert der Renaissance, der Glaubensspaltung und der Herausbildung des frühneuzeitlichen Staatensystems stossen wir im deutschen Sprachraum im Adverbiale 'öffentlich' bzw. 'öffentlich'¹⁴ auf Be-

12 I. Kant: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* (1784), Akademie-Ausgabe, Bd. 8, 1912, S. 36.

13 I. Kant: *Kritik der reinen Vernunft*, A5 Anm., zit. nach R. Koselleck: *Kritik und Krise*, Frankfurt a.M. 1973, S. 101.

14 L. Hölscher: «Öffentlichkeit», in: O. Brunner, W. Conze, R. Koselleck (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 414; vgl. auch: Ders., *Öffentlichkeit und Geheimnis*, Stuttgart 1979.

deutungsschichten, die heute noch mitschwingen, wenn von «Öffentlichkeit» die Rede ist: Insbesondere auf den Dualismus von *Licht* und *Finsternis* und auf die Rede von Zusammenhängen, die 'offensichtlich' im Sinne von *klar* und *eindeutig* sind.

Im Dualismus von *Licht und Finsternis* steckt der bereits in den mythischen Weltbildern von Stammesgesellschaften nachzuweisende Gegensatz zwischen Licht, Wahrheit, Reinheit, Güte einerseits und Finsternis, Lüge, Unreinheit und Bosheit andererseits.¹⁵ Dieser in allen Weltreligionen vorfindbare Gegensatz zwischen Licht und Finsternis, Gut und Böse¹⁶ lässt sich in Gesellschaften, in denen alle Welterklärung auf einem religiösen Weltbild beruht, auch in der *Rechtsprechung* wiederfinden, die den Verstoß gegen die religiös begründete Moral über die Verurteilung und die Urteilsvollstreckung wieder *auszugleichen* hat. Der Begriff 'offen Gericht' oder 'öffentliches Gericht', der im 13. Jahrhundert nachweisbar ist¹⁷, steht in der Kontinuität dieses Verständnisses von Rechtsprechung, das sich in Stammesgesellschaften darin manifestiert, dass das Gericht unter freiem Himmel und bei Tage stattfinden muss. Das Böse musste am Licht oder eben *öffentlich* gerichtet werden, damit der finstere Verstoß gegen das Gute vor allen Augen abgegolten wird: «Bis zum 17. Jahrhundert kann das Böse in allen seinen gemeinsten und unmenschlichsten Ausmassen nur aufgehoben und bestraft werden, wenn es an die Öffentlichkeit gebracht wird. Allein das Licht der Öffentlichkeit, in dem das Geständnis gemacht und die Strafe ausgeführt wird, kann die Dunkelheit ausgleichen, aus der das Böse kommt.»¹⁸ Unter freiem Himmel und am Tageslicht stand also die Wiege eines Begriffsverständnisses, das sich bis in die Gegenwart in Metaphern wie das 'Licht der Öffentlichkeit' oder der 'Bannstrahl der Öffentlichkeit' erhalten hat. Aus diesem religiösen Dualismus von Licht und Finsternis bzw. Gut und Böse, lässt sich der ursprüngliche Gegensatz von «Öffentlichkeit» ableiten: Das 'Öffentliche' steht der Finsternis gegenüber, die das Böse in der Form des Verbrechens, des Ketzertums und des Lasters enthält.

Eingelassen in diesen religiösen Bedeutungshorizont ist auch die Vorstellung, dass das, was 'öffentlich' wird, gleichzeitig klar und eindeutig ist. Bereits im mittelalterlichen Begriffsverständnis ist das 'Öffentliche' gleichzeitig *offensichtlich* und setzt sich damit ab vom Unklaren und bloss

15 K. Imhof: «Mythos und Moderne. Zur Fragilität der posttraditionalen Gesellschaft», in: V. Bornschier, M. Eisner, K. Imhof, G. Romano, Ch. Suter (Hg.): *Zur Diskontinuität des sozialen Wandels*. Frankfurt a. M. 1990.

16 M. Weber: «Richtungen und Stufen religiöser Weltauffassungen», in: J. Winckelmann (Hg.): *Max Weber. Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik*, Stuttgart 1973, S. 481f.

17 Hölscher (1978), S. 417.

18 M. Foucault: *Wahnsinn und Gesellschaft. Eine Geschichte des Wahns im Zeitalter der Vernunft*, Frankfurt a. M. 1973, S. 136.

Geahnten und von der Lüge, die als solche noch nicht erkannt ist. Dem Gegensatz zwischen dem, was für alle *einsehbar* und gerade dadurch *offensichtlich* ist, und dem, was sich im Versteckten abspielt und insofern nicht einsichtig sein kann, wird eine grosse Karriere bevorstehen. Durch die Rezeption der klassisch-griechischen Philosophie seit der Renaissance wird diese Dualität verstärkt und später im Zeitalter der Aufklärung ausschlaggebend für die nur noch säkulare Verwendung von «Öffentlichkeit»: Der 'offensichtliche' Charakter dessen, was 'öffentlich' ist, mündet in den *Vernunftsanspruch* der Aufklärung im 18. Jahrhundert. Nur was öffentlich debattiert wird, kann vernünftig und gleichzeitig moralisch richtig sein. Das öffentliche Raisonement über die Dinge des gemeinsamen Lebens wird zur *Bedingung von Vernunft*, die in den Augen der Aufklärer mit dem moralisch Richtigen bzw. dem Tugendhaften eins ist. Humanismus und Renaissance und die aufstrebenden Wissenschaften in der frühen Neuzeit wurden so zu Wegbereitern eines Begriffsverständnisses, das ursprünglich im *religiösen Denken* wurzelt, durch die Aufklärung im 18. Jahrhundert aber säkular uminterpretiert wird.

In dieser, ursprünglich religiösen, Bedeutung der «Öffentlichkeit» als der Bereich des Lichts bzw. des moralisch Guten *und* des Einsichtigen liegt die eigentliche Sprengkraft des daraus abgeleiteten Öffentlichkeitsverständnisses der Aufklärung. Dies lässt sich in zwei zentralen Dimensionen zeigen.

Erstens: Das moralisch Richtige und das Einsichtige, das das öffentliche Raisonement der Bürger hervorbringt, wird der absolutistischen Herrschaft des *Ancien régime* entgegenstellt. Aus dem Gegensatz von Licht versus Finsternis wird der Dualismus bürgerliche Öffentlichkeit versus Feudalherrschaft bzw. das moralisch Richtige gegenüber dem Amoralischen, das Rationale gegenüber dem Irrationalen. Legitime Macht ist in diesem radikalen Öffentlichkeitsverständnis nur, was als 'Zusammenstimmen der Vielen', bezeichnet werden kann. Nur das also, was in freiem und unmittelbarem Diskurs als gemeinsamer Konsens erreicht wird, ist Macht, die sich von der Gewalt einsamer Herrschaft radikal unterscheidet.¹⁹

Zweitens: Indem der bürgerlichen Öffentlichkeit das moralisch Richtige und das Vernünftige zukommt, gehört ihr die Zukunft. Die einsame Herrschaftsgewalt des Feudalherrschers (oder weniger patrizischer Familien) ist nur noch Vergangenheit in der Gegenwart. Dies bedeutet, dass der ursprüngliche Dualismus von Licht und Finsternis *verzeitlicht* wird: Im Rahmen dieser geschichtsphilosophischen Neuinterpretation wird jetzt

19 Arendt (1981), S. 194.

das *dunkle* Mittelalter genauso entdeckt wie die Bedingung des Austritts aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit in das *Licht* der modernen bürgerlichen Gesellschaft.²⁰ In verweltlichter Form nimmt also dieses Öffentlichkeitsverständnis die ursprünglich religiöse Dualität von Licht und Dunkelheit sowie vom Offensichtlichen, für alle Einsehbaren, und vom bloss Geahnten bzw. dem Falschen, der Lüge und auch dem Geheimnis wieder auf. Jetzt freilich eingelassen in eine *Fortschrittsperspektive*, die die Dunkelheit, die Unvernunft und die dumpfe Unmündigkeit der *Vergangenheit* zuordnet, während dem Licht, der Vernunft und der Mündigkeit die *Zukunft* gehört. Die Utopie, die die Aufklärungsöffentlichkeit verkörpert, ist eine Geschichtsphilosophie, *weil* sie in der Spanne zwischen Vergangenheit und Zukunft alles unter dem Gesichtspunkt des *Fortschritts* und der *Entwicklung* interpretiert und damit alles Gesellschaftliche *verzeitlicht* und weil sie die Träger dieser Geschichtsphilosophie gleichzeitig zu Trägern dieses Fortschritts ernennt. Die Gegenwart wird zur Etappe auf einem Pfad, der in die lichte Zukunft führt, während sich die Vergangenheit im Dunkel der Unvernunft verliert. Diskursive Entscheidungsfindung in einer Versammlungsöffentlichkeit wie auf der 'agora', dem Stadtplatz Athens, oder in den Aufklärungssozietäten, das ist der innerste Kern der Utopie öffentlicher Kommunikation, die das Gute und das Vernünftige gleichzeitig produziert und die Menschheit in die Mündigkeit führt.

An den Ansprüchen dieser Utopie muss alles Irdische scheitern. Die Grundfunktionen, die die politische Öffentlichkeit moderner Gesellschaften erfüllen muss, – die Sicherung von Intersubjektivität, die Selektion von Themen für die politische Entscheidungsfindung und die Kontrolle der Behörden –, lassen sich nicht auf das basisdemokratische Ideal eines permanenten Versammlungsdiskurses umstellen. Darüber hinaus

20 Während sich der Begriff Reformation im Sinne einer abgeschlossenen Epoche im 17. Jahrhundert durchsetzt, entwickelt sich der ausserordentlich wichtig werdende kulturhistorische Epochenbegriff 'Renaissance' erst in der Aufklärung. Der Begriff und das Bewusstsein, seit rund 300 Jahren in einer 'neuen Zeit' zu leben, setzt sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Oppositionsbegriff zum dunklen 'Mittelalter' durch. Unter dem Eindruck der Spätaufklärung und der Französischen Revolution wurde zusätzlich der Epochen(eröffnungs)begriff der 'neuesten Zeit' geprägt. Sowohl Renaissance als auch neue Zeit und neueste Zeit etablieren sich somit als Epochenbegriffe im Kontext der Aufklärung. Damit widerspiegelt die Epochenlehre ein neues Zeitempfinden, in welches Begriffe wie Entwicklung, Fortschritt, Revolution eingebettet sind. Die Interpretation der Geschichte wird über den gleichermassen systematisierenden wie abstrahierenden Zugang dieser Epochenbegriffe vorangetrieben. Die Geschichte wird erst in diesem Kontext zum wissenschaftlichen Objekt. Dies ist gleichermassen bedeutungsvoll für die Gesellschaft als Forschungsobjekt: Erst nachdem die Geschichte der Menschheit nicht mehr als Summe von Geschichten, als zirkulärer Prozess oder als additiv-chronologische Reihung der Ereignisse verstanden wird, rückt überhaupt die Gesellschaft als Forschungsobjekt in einen Horizont wissenschaftlichen Denkens. Zur Epochenlehre vgl. R. Koselleck: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a.M. 1979/84, p. 302ff.; R. Herzog, R. Koselleck (Hg.): *Epochenschwelle und Epochenbewusstsein*, München 1987.

haben wir den Glauben der Aufklärer verloren, dass öffentliche politische Kommunikation, unter welchen Bedingungen auch immer, nur das Vernünftige und moralisch Richtige produziert. Trotzdem verdanken wir dem zutiefst politischen Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärung die plebiszitär-demokratischen Institutionen des modernen Rechtsstaats *und* eine List der Geschichte: Gerade indem die Utopie, mit dem was daraus entstand, beständig verglichen wird, erhalten sich liberale Gesellschaften ein wirkmächtiges Kritikpotential. «Öffentlichkeit» als medial veranstaltete ‘Veröffentlichung’ und damit Mittel des politischen wie auch ökonomischen Marketings wird zum Hauptkritikpunkt und damit zu *dem* demokratietheoretischen Problem der Moderne. Die radikal-demokratischen Postulate im Öffentlichkeitsbegriff der Aufklärung begleiten als Massstab der Kritik den Modus der politischen Entscheidungsfindung in modernen Gesellschaften. Als Kritik am Bestehenden wirkt also das aufklärungsliberale Öffentlichkeitsverständnis bis in unsere Gegenwart hinein.

Immer wieder wird die ‘schweigende Mehrheit’ zum Objekt des Appells durch Vertreter der Intelligenzija und durch soziale Bewegungen aller politischen couleur, die diese Mehrheit aus den Fängen eines ‘falschen Bewusstseins’ befreien wollen, als ob es ein ‘richtiges’ gäbe. Nur in den Krisenphasen der Moderne nimmt die «Öffentlichkeit» Züge jener Versammlungsdemokratie an, unter denen sich die Aufklärer einst «Öffentlichkeit» vorstellten. In ihr bildeten die Pamphlete, Flugblätter und literarisch-politischen Gazetten nur Vermittlungsinstanzen in einer öffentlichen Sphäre, die man sich durchaus als *physisch erfahrbaren Raum* vergegenwärtigte. Die papierene und später auch digitale ‘Veröffentlichung’ moderner Gesellschaften sieht sich entsprechend in den Umbruchphasen des sozialen Wandels immer wieder konfrontiert mit dem versammlungsdemokratischen Ideal *unmittelbarer* «Öffentlichkeit» in Form von Umzügen, Protestaktionen, Demonstrationen und Manifestationen. Freilich unter gänzlich veränderten Vorzeichen: Die physisch erfahrbare Repräsentanz von «Öffentlichkeit» dient nicht dem freien Diskurs Gleicher unter Gleichen, sondern der *medienwirksamen Präsentation* je spezifischer Anliegen. Nicht immer, aber immer wieder, gelingt es sozialen Bewegungen und Protestparteien, die Aufmerksamkeitsstrukturen und die Inhalte der ‘Veröffentlichung’ zu bestimmen. Diesen Aktionen generell eine ‘aufgeklärte’ politische Orientierung zuzuschreiben wäre hingegen gänzlich verfehlt: Die Bedeutung des Öffentlichkeitsideals der Aufklärung, worin auch die Postulate der Versammlungs- und der Meinungsfreiheit wurzeln, beweist sich gerade darin, dass sich auch politische Gruppierungen darauf berufen, deren Ideale der Aufklärung widersprechen.

Gemessen an der Utopie, der wir die Moderne verdanken, ist eben diese Moderne immer illegitim²¹. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass die Folgen der im Zeichen des Wirtschaftsliberalismus in jüngster Zeit realisierten Deregulationen im Medienwesen fundamental dem Anspruch des Aufklärungsliberalismus auf herrschaftsemanzipiertes Raisonement in freier «Öffentlichkeit» widersprechen. Als wissenschaftliches Instrument ist freilich diese Utopie untauglich. Es ist nicht Sache der Wissenschaft, die real existierende öffentliche Kommunikation an normativen Ansprüchen zu messen, die niemals erfüllt werden können.

2. «Öffentlichkeit» als Kategorie der Historie

Indem die «Öffentlichkeit» durch die *Selektion* von Kommunikation die Agenda der politisch zu verarbeitenden Problembereiche definiert und indem sie der Selbstreferenz moderner Gesellschaften und der Kontrolle von Macht dient, obliegen ihr unabdingbare Steuerungsfunktionen. Dies macht die «Öffentlichkeit» in modernen Gesellschaften, deren Machtdifferenziale wesentlich als unterschiedliche Definitionsmacht beschrieben werden müssen, zu einem Zentralobjekt der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Öffentlichkeitsforschung ist nicht nur Medienforschung²². An der Kommunikation zu einem unbekanntem Publikum, am Kampf also um das knappe Gut Aufmerksamkeit der 'blossen' Teilhaber von Öffentlichkeit beteiligen sich einige Teilnehmer. Die «Öffentlichkeit» moderner Gesellschaften ist strukturiert und geschichtet. In der horizontalen Dimension finden wir verschiedene Milieus, Lebensstilgruppen und Spezialöffentlichkeiten. In der vertikalen Dimension versuchen kollektive Akteure wie die Parteien, die Verbände, die Regierung und privatwirtschaftliche Organisationen ihre Zugangschancen, ihre Definitionsmacht und Reichweite zu steigern. Diese «Öffentlichkeit» lässt sich als Kommunikationsstruktur beschreiben. Diese ist das Produkt eines *Ausdifferenzierungsprozesses*, der mit der Moderne beginnt und neben *medialen Kommunikationszentren* (gedruckte und elektronische Medien) auch *politische Kommunikationszentren* (Verbände und Parteien) und *ökonomisch-kommerzielle Kommunikationszentren* (PR-Agenturen, Marketingabteilungen, Presse- und Medienstäbe) geschaffen hat. Ausserdem wird die Kommunikationsstruktur moderner Gesellschaften durch

21 R. Münch: *Dynamik der Kommunikationsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1995.

22 U. Saxer: «Medien- und Gesellschaftswandel als publizistikwissenschaftlicher Forschungsgegenstand», in: O. Jarren (Hg.): *Medienwandel – Gesellschaftswandel*, Berlin 1994, S. 331ff.; F. Neidhardt: «Einleitung», in: Ders. (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, KZfSS, Sonderheft 34/1994, Opladen 1994; K. Imhof: «Strukturwandel der Öffentlichkeitsforschung?», in: T. Mäusli (Hg.): *Sozialgeschichte des Radios*, Zürich 1996.

semiautonome Sphären, wie die *Wissenschaft*, die *Religion* und die *Kunst* sowie durch separierte Milieus, d. h. *autonome Öffentlichkeiten*, ergänzt²³. Die Skizzierung dieser Kommunikationsstruktur verweist auf die wichtigsten *Defizite*, die ein historisch informierter, theoriegeleiteter Zugang zur öffentlichen politischen Kommunikation, ihrer Rahmenbedingungen, Kontingenzen und Folgen, angehen kann.

2.1. Kommunikationsstruktur

Bei den *politischen Kommunikationszentren* handelt es sich um Verbände und Parteien. Mit dem Wandel der klassischen Honoratiorenpartei des 19. Jahrhunderts zur modernen Volkspartei ging ihre Dezentralisierung, Bürokratisierung und 'journalistische Aktivierung' einher. Aber nicht nur bei den Parteien, auch in den Interessenverbänden wie bei der Exekutive finden professionalisierte Kommunikatoren ihr Auskommen, um «Öffentlichkeit» im jeweiligen Sinn herzustellen.

Bei den *ökonomisch-kommerziellen Kommunikationszentren* handelt es sich um Public-relations-Agenturen, Marketingabteilungen, Presse- oder Medienstäbe, auf welche keine privatwirtschaftliche Organisation von Bedeutung verzichten kann. Diese Ausdifferenzierung von Kommunikationsspezialisten ist das Produkt der Professionalisierung der Selbstdarstellung im Wettbewerb um Beachtungsgrad und Sozialprestige. Dies zieht einen permanenten Präsenzzwang nach sich, der in der Werbewirtschaft eine qualitative wie quantitative Eigendynamik entfaltet.

Die *medialen Kommunikationszentren*, d. h. öffentlich-rechtliche und private Medienunternehmen, entwickelten sich im 'Strukturwandel der Öffentlichkeit'²⁴ zu einem ausdifferenzierten Mediensystem. Dieser Strukturwandel produzierte aus den unabhängigen Gesinnungsgazetten der Aufklärungsära schon bis zum Zeitalter des dualen Mediensystems eine Fülle von Parteizeitungen, Boulevardblättern und Forumszeitungen, die dann durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ergänzt wurden, bis sich in der jüngsten Gegenwart die elektronischen Medien selbst wieder in öffentlich-rechtliche und private Anstalten dualisieren. Diese medialen Kommunikationszentren unterscheiden sich auf der Basis differenter Prestiges, differenter Definitionsmacht, Reichweite und rechtlicher Sonderstellung in ihrer Eigenständigkeit. Die medialen Kommunikationszentren stehen unmittelbar den politischen und ökonomisch-kommer-

23 Vgl. die ausführliche Herleitung in: K. Imhof, «Intersubjektivität und Moderne», in: K. Imhof, G. Romano: *Die Diskontinuität der Moderne. Theorie des sozialen Wandels*, Reihe «Theorie und Gesellschaft» hg. von A. Honneth, H. Joas, C. Offe, Frankfurt a. M. 1996.

24 Habermas (1984).

ziellen Kommunikationszentren gegenüber, mehr noch: diese Kommunikationszentren sind *funktional und finanziell voneinander abhängig*.

Neben diesen drei Kommunikationszentren, die die «öffentliche Meinung» generieren und beständig bearbeiten, gilt es in der Kommunikationsstruktur moderner Gesellschaften auch teilautonome Sphären oder Spezialöffentlichkeiten wie die Wissenschaft, die Kunst und die Religion zu beachten. In ihnen reproduzieren sich je eigenständige Kommunikationsformen mit spezialisierten Institutionen, Medien, Foren und Expertenkulturen. Wissenschaft, Kunst und Religion unterscheiden sich auf der Basis ihrer je eigenen Kommunikationsrationalität voneinander wie von der öffentlichen politischen Kommunikation. Während die auf *Sachverhalte* bezogene kognitive Kommunikation die Wissenschaft kennzeichnet, die auf Werte und Normen bezogene moralische Kommunikation die Religion charakterisiert und die auf subjektive Expressionen bezogene ästhetisch-expressive Kommunikation den Kunstdiskurs dominiert, ist die öffentliche politische Kommunikation stets *gleichzeitig* mit Sachverhalten, Werten und Normen und subjektiven Expressionen beschäftigt²⁵.

In *autonomen Öffentlichkeiten*, d. h. in marginalisierten politischen Gruppierungen, klassenorientierten Parteien, Avantgarde- und Intellektuellenzirkeln sowie in subkulturellen Milieus, stabilisieren sich eigenständige Lebensstile und Weltinterpretationen. Es handelt sich um ausgeprägte Klassen-, Sub- und Unterschichtungskulturen, Minderheiten sowie Bohèmeszenen, marginalisierte politische, religiöse und kulturelle Gruppierungen, in welchen die Intersubjektivierungsleistungen von Gegenöffentlichkeiten mit eigenen Medien und Foren spezifische Milieus aufrechterhalten. Diese «autonomen Öffentlichkeiten» stehen direkt oder indirekt in Opposition zu zentralen Elementen jenes Spektrums der «öffentlichen Meinung», das durch die politischen, medialen und ökonomisch-kommerziellen Kommunikationszentren aufrechterhalten und bearbeitet wird. Dieser Bereich der «autonomen Öffentlichkeit» bildet den Nährboden für *soziale Bewegungen*, die im Kontext von diskontinuierlich auftretenden sozialen Krisenphasen ihre Themen in die mediale politische Kommunikation einbringen können. Aus dem Bereich der «autonomen Öffentlichkeit» kommen jene Innovationen, die den sozialen Wandel wesentlich beeinflussen; die Peripherie ist es, die die Gesellschaft in ihren Umbrüchen bestimmt²⁶.

25 J. Habermas: *Theorie des kommunikativen Handelns*, Frankfurt a. M. 1981; K. Imhof: «Ästhetik der Unsicherheit. Eine Annäherung an das verständigungsorientierte Handeln», in: A. Ernst, T. Gerlach, P. Halbeisen, B. Heintz, M. Müller (Hg.): *Kontinuität und Krise: Sozialer Wandel als Lernprozess*, Fs. H. Siegenthaler, Zürich 1994, S. 417ff.

26 Zur Bedeutung dieses Bereichs für den sozialen Wandel moderner Gesellschaften vgl. K. Imhof: «Vermessene Öffentlichkeit – vermessene Forschung? Vorstellung eines Projekts», in: K. Im-

2.2. Defizite bzw. Forschungslinien

Auf der Basis der skizzierten Kommunikationsstruktur und unter Beschränkung auf die wichtigsten Erkenntnisdefizite lassen sich im Hinblick auf die Öffentlichkeitsforschung drei zentrale Problembereiche differenzieren, die der weiteren theoretischen und empirischen Durchdringung bedürfen, um den Wandel und die Funktionen der «Öffentlichkeit» in modernen Gesellschaften besser zu verstehen.

Es handelt sich zunächst um Erkenntnisdefizite bezüglich der komplexen Ausdifferenzierungsprozesse zwischen den medialen, politischen und ökonomisch-kommerziellen Kommunikationszentren und ihre Wirkungen auf den Modus politischer Kommunikation (a). Dann besteht Erkenntnisbedarf in bezug auf den diskontinuierlichen Einfluss autonomer Öffentlichkeiten bzw. sozialer Bewegungen auf das politische Raisonement und dem damit verbundenen Orientierungs-, Wert- und Normenwandel (b). Schliesslich ist auch die Bedeutung der Expertenkulturen in Wissenschaft, Religion und Kunst für die öffentliche politische Kommunikation von Interesse (c).

a) *Ausdifferenzierung*. Über die Entwicklung der politischen Kommunikation aus den normsetzenden Binnenkulturen literarisch-bürgerlichen Raisonements über die Ära der Parteipresse bis hin zum hochdifferenzierten Mediensystem der Gegenwart bestehen wenig gesicherte Einsichten. Nach dem Übergang einer noch personalisierbaren Kommunikation in und zwischen Aufklärungsgesellschaften zur Kommunikation mit einem *anonymen Publikum* in Gestalt der Parteipresse ist der Niedergang der Partei- und die Karriere der Forums- und der elektronischen Medien der wichtigste Ausdifferenzierungsschritt der medialen Kommunikationszentren von ihrer Parteibindung²⁷. In der Schweiz ist die abrupte Beschleunigung dieses Übergangs auf die 60er Jahre zu datieren²⁸. Die Ära der Parteipresse zuvor ist gekennzeichnet durch die *wechselseitige Resonanz*, die die politische Kommunikation bei den Parteizeitungen findet. Der Kampf um die öffentliche Meinung wird durch 'Weltanschauungsorgane' bestritten, deren Redaktionen den intellektuellen 'Stab' der Parteien

hof, H. Kleger, G. Romano (Hg.): *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit*, Reihe: *Krise und sozialer Wandel*, Bd. 1, Zürich 1993.

27 J. C. Alexander: «The Mass News Media in Systemic, Historical, and Comparative Perspective», in: E. Katz, T. Szecskö (Hg.): *Mass Media and social Change*, London 1981; J. Gerhards, F. Neidhardt: *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit*, Discussion Paper FS III, Wissenschaftszentrum Berlin 1990.

28 Dies ist im europäischen Vergleich ausserordentlich spät. In Deutschland und Österreich beispielsweise war schon die Zwischenkriegszeit stark durch Forums- und Boulevardzeitungen geprägt.

und Verbände bilden. Die in diesen Medien geführte politische Kommunikation gestaltet sich als *virtuelle Versammlungskommunikation*, weil die Redaktionen im politischen Meinungsstreit sich wechselseitig als *pars pro toto* des politischen Gegners wahrnehmen und in polemischem Diskurs auf die anderen Organe reagieren und Ereignisinterpretationen und politische Themen zu besetzen suchen. Die auf diese Weise geführte Kommunikation lässt sich beschreiben als *publikumsoffene* Elitenkommunikation auf hohem Komplexitätsniveau. Die Rollen des Politikers und des Redaktors bzw. Schriftleiters sind nur schwach ausdifferenziert. Der gesinnungsethische Journalismus basiert auf einem Selbstverständnis, das sich die Aufklärung des Publikums über politische Sachverhalte und gegnerische Absichten zur Pflicht macht. Da die Kommunikation interaktiv ist, d. h., weil zum perzipierten Publikum immer auch das Leitmedium des politischen Gegners gehört und weil das politische Raisonement in eine 'Weltanschauung' eingelassen ist, rekuriert dieser Journalismus *nicht* auf individuelle Meinungen, sondern vertritt *Gruppenpositionen* an der Front des Zeitgeschehens und setzt hohe Anforderungen in die Verstehensfähigkeit des Publikums²⁹.

Der Rückgang der Gesinnungspresse zugunsten der Forumsmedien (und der Boulevardzeitungen) schafft diesen *einerseits* politische Profilierungsmöglichkeiten³⁰ (die allerdings ohne weltanschauliche Basis in Abhängigkeit von Zielgruppendefinitionen und der 'redaktionellen Linie' einer höheren Fluktuation unterliegen³¹), vergrößert jedoch *andererseits* schlagartig die Abhängigkeit der Medien vom Markterfolg. Im Rahmen eines intensiven Wettbewerbs um Reichweite und Beachtungsgrad sind starke Monopolisierungstendenzen unübersehbar sowie eine, der Weltanschauungspresse fremde, Orientierung an Kaufkraftgruppen. Damit ver-

29 Demgegenüber verstand sich das elektronische Medium der Ära der Parteipresse, das Radio, als *Integrationsrundfunk* mit *nationalem Auftrag*. Politisches Raisonement als solches fand im Radio nicht statt. Der 'öffentlich-rechtliche' Radiojournalismus gründete in dem Selbstverständnis eines an Fakten orientierten Nachrichtenjournalismus überparteilichen Charakters. In diesem überparteilichen Journalismus gründen die modernen Objektivitätsethiken des professionalisierten Medienwesens (insbes.: Ausgewogenheit und Trennung von Nachricht und Interpretation). Vgl. etwa R. Blum: «Medien zwischen Anmassung und Anpassung», in: Schanne/Schulz (1993); M. Haller, H. Holzhey (Hg.): *Medienethik*, Opladen 1992. Zur Bedeutung des Radios in der Kriegszeit vgl. R. Halter-Schmid: *Schweizer Radio 1939–1945. Die Organisation des Radiokommunikators durch Bundesrat und Armee*, Diss., Bern 1980. Zur Pressepolitik im Krieg, G. Kreis: *Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld 1973.

30 Ein eindrückliches schweizerisches Beispiel stellt die Politisierung des «Tages-Anzeigers» in den 60er Jahren dar. Zur Politisierung der Forumsmedien vgl. K. Voltmer: *Mass Media: Political Independence of Press and Broadcasting Systems*, Discussion Paper FS III, Wissenschaftszentrum Berlin 1993; J. Staab: *Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Gehalt*, Freiburg 1990.

31 U. Saxer: «Strukturelle Möglichkeiten und Grenzen von Medien- und Journalismusethik», in: Haller/Holzhey (1992), S. 104ff.

bunden ist die Karriere von Special-Interest-Medien, die Zersplitterung öffentlicher Kommunikation in einem ständig wachsenden Medienkiosk, die Steigerung des Unterhaltungscharakters von Radio und Fernsehen wie der Printmedien und eine an den perzipierten Aufmerksamkeitsbedürfnissen des Publikums orientierte Eigenlogik der Nachrichtenvermittlung und -aufbereitung³². Mit der Dualisierung der elektronischen Medien in den 80er Jahren verschärfen sich die genannten Entwicklungen³³. Inwieweit dies die politische Kommunikation beeinflusst, ist ein grundlegendes empirisches Problem der Öffentlichkeitsforschung und gleichzeitig ein gesellschaftliches Problem, insofern es die Steuerungs- und Integrationsfunktion der Öffentlichkeit tangiert. Mit Blick auf die Modi öffentlicher politischer Kommunikation bedürfen insbesondere die folgenden sechs Entwicklungen der vertieften Einsicht:

1. Von hoher Evidenz ist, dass der Bedeutungsverlust der Parteiorgane verbunden ist mit der Reduktion publikumsoffener, *interaktiver* Elitenkommunikation. Genauen Einblick verschaffen Untersuchungen, die die wechselseitige Resonanz verschiedener Medien (d. h. die Selbstreferenz des Mediensystems) über die Zeit erfassen. Eine solche Analyse muss allerdings die wechselseitige Resonanz auf *Themen* von derjenigen auf *Meinungen* unterscheiden. Denn die Selbstreferenz des Mediensystems scheint sich mehr als in der Ära der Parteizeitungen auf Themen (Reaktion auf 'Primeurs') als auf die Auseinandersetzung um deren Interpretation zu beziehen. Dieser Verlust an öffentlichem Meinungsstreit durch Bezugslosigkeit auf politische Positionen ist auf eine Verschiebung der redaktionellen Aufmerksamkeitsstrukturen zurückzuführen: Die in der Ära der Parteipresse ausschlaggebenden *politischen Selektionskriterien* für Themen und Ereignisse sind durch die perzipierten Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse des Publikums abgelöst worden. Mit anderen Worten: Die Bedeutung des politischen Wettbewerbs für die medialen Inhalte geht zugunsten des Wettbewerbs um Marktanteile zurück.

2. Durch diese Verschiebung der redaktionellen Aufmerksamkeitsstrukturen wird die öffentliche politische Kommunikation im Sinne des klassischen Weltanschauungsstreites *nicht eliminiert*, dafür aber – wie andere Medieninhalte – *an Zielgruppen orientiert*. Die publikumsoffene

32 H. Hughes-MacCill: «Human Interest und Demokratie», in: D. Prokop (Hg.): *Massenkommunikationsforschung*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1973; D. Prokop: *Massenkultur und Spontaneität. Zur veränderten Warenform der Massenkommunikation im Spätkapitalismus*, Frankfurt a. M. 1974; R. Blum: «Der pluralistische Eintopf», *WoZ Medien*, Wochenzeitung Nr. 46, Zürich, 18. 11. 1994; H.-G. Soeffner: «Die Inszenierung von Gesellschaft – Wählen als Freizeitveranstaltung», in: H.-G. Soeffner: *Die Ordnung der Rituale. Die Auslegung des Alltags 2*, Frankfurt a. M. 1992, S. 157ff.

33 H. Schatz: «Rundfunkentwicklung im 'dualen System': «Die Konvergenzhypothese», in: O. Jarren (Hg.): *Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen*, Opladen 1994.

Elitenkommunikation um politische Positionen im Stammteil der Zeitungen in der Ära der Parteipresse wird dadurch stärker in eine reine (Bildungs-)Elitenkommunikation in Wochenmagazinen, Beilagen und speziellen Sendegefässen segmentiert. Der politische Meinungsstreit verliert dadurch an publikumsoffenem Bezug, und dies erleichtert die Verabschiedung des Publikums von der Politik.

3. Die schwache Rollendifferenzierung zwischen Journalismus und Politik bei den Parteiorganen und ihre Überzeugungsaufgabe begründete einen Meinungsstreit, der auf parteipolitisch etikettierbaren *Gruppenpositionen* beruhte. Forumszeitungen und elektronische Medien begründen dagegen eine Praxis des *individualisierten* politischen Journalismus bzw. eine Praxis der kommentierenden Berichterstattung *über* parteipolitische Positionsbezüge. Die Verbreitung der Proportionalitätsregeln³⁴ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auch in den Printmedien verstärkt diese Individualisierung der politischen Kommunikation. Dieser veränderte Modus politischen Rasonnements erhöht die Chancen für populistisch argumentierende Charismaträger, die die reduzierte Geltungskraft individueller Meinungen durch ihre persönliche Orientierungswirkung kompensieren³⁵.

4. In der Schweiz scheinen in der politischen Auseinandersetzung um plebiszitäre Entscheide verstärkt unterschiedliche Argumentationsrationalitäten um Geltung zu werben. Referendumsfähige Gruppen, Protestparteien und soziale Bewegungen verwenden eine an affektiven Schlagworten orientierte, populistische Argumentationslogik, während die Regierungsparteien sich mehrheitlich noch an einer Argumentationsrationalität orientieren, die differenzierte Argumente der *internen Entscheidungsfindung* auch *nach aussen* verwendet³⁶. Bestätigt sich dieser Befund, dann bedeutet dies, dass das politische Rasonnement vermehrt einer systematischen *Kommunikationsstörung* ausgesetzt ist: Obwohl dasselbe thematisiert wird, kann sich kein Meinungsstreit einstellen, wenn Argumentationen nicht wechselseitig anschliessbar sind.

34 U. Saxer: «Fernsehen und Objektivität», in: Prokop (1973); Saxer (1993); M. Schanne: «Das journalistische Objektivitätskriterium im Krieg», in: K. Imhof, P. Schulz (Hg.): *Medien und Krieg – Krieg in den Medien*, Zürich 1995.

35 Immerhin fällt auf, dass die an sich 'charismafeindliche' politische Kultur in der Schweiz seit den 60er Jahren gleich fünf Charismaträger (James Schwarzenbach, Valentin Oehen, Roland Béguelin, Christiane Brunner und Christoph Blocher) erträgt.

36 H. Kriesi: «Akteure – Medien – Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit», in: Neidhardt et al., (1994); Ders.: *Citoyenneté et démocratie directe. Compétence, participation et décision des citoyen/nes suisses*, Zürich 1993; C. Longchamp: «Herausgeforderte demokratische Öffentlichkeit. Zu den Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Abstimmungen und Wahlen in der Schweiz», *Annuaire Suisse de science politique* 31; Ders.: «Die EWR-Entscheidung – eine Prozessbetrachtung», in: H. Kriesi et al. (Hg.): *Analyse de la votation fédérale du 6 décembre 1992, GFS – Institut de recherche*, Berne 1992.

5. Politische Positionen werden vermehrt über Public Relations vermittelt, d. h., die ökonomisch-kommerziellen und politischen Kommunikationszentren setzen ihre Interessen und Weltanschauungen über Marketingstrategien um, die den Bedürfnissen der Medien angepasst werden³⁷. Dies führt zu medienwirksamen Versammlungen und Aktionen, zur organisierten Nutzung der Leserbriefseiten als Kampagneninstrument und zu einer erhöhten Bedeutung des politischen Inserats³⁸.

6. Das erfolgreiche politische Marketing partikulärer Interessen orientiert sich an den Bedürfnissen eines von marktbedingten Eigenlogiken gesteuerten Mediensystems. Offensichtlich ist jedoch auch der umgekehrte Weg möglich: die Orientierung an den Bedürfnissen des politischen Systems seitens publizistischer Grossunternehmen mit partikulären politischen Interessen. Insbesondere das Beispiel Berlusconi in Italien verweist auf eine Verschmelzung von publizistischen und ökonomischen Interessen zum renditeorientierten und hochdiversifizierten Informationsunternehmen, das sich nun umgekehrt eine politische Bewegung leistet (Forza Italia), um partikuläre Interessen direkt in den Legislativ- und Exekutivorganen des Staates umsetzen zu können. Das Beispiel zeigt den erstaunlichen Erfolg, den inszeniertes Charisma bzw. politische Kommunikation in Form politischen Marketings hat, und es manifestiert eine vollständige Umkehrung des ursprünglichen Verhältnisses zwischen Parteien und ihren Medien: Während die Zeitungen in der Ära der Parteipresse Annexanstalten der Parteien waren, ist hier die politische Partei eine Annexanstalt eines Medienunternehmens.

b) Diskontinuitäten: autonome Öffentlichkeiten und soziale Bewegungen. Nun ist allerdings die Vertrauensdelegation an Charismaträger keineswegs ein neues, sondern ein wiederholtes Phänomen im sozialen Wandel. Auch Berlusconi's Kombination von 'Fininvest' und «Forza Italia» findet in der Weimarer Republik in der Verbindung des Hugenberg'schen Film- und Zeitungsimperiums (UFA und Scherling-Verlag) mit der «Deutschnationalen Volkspartei» (DNVP) einen partiellen Vorläufer. Generell gilt es, Trendphänomene sorgfältig von diskontinuierlichen Effekten zu unterscheiden. Nur allzuoft verwechselt eine a-historisch argumentierende sozialwissenschaftliche Forschung diskontinuierliche Effekte mit Trendentwicklungen. Die Befunde einer vergleichenden Untersuchung der leitmedialen politischen Kommunikation in der Schweiz zeigen im

37 Bezüglich der Effizienz des politischen Marketings ist eine Professionalisierungsdifferenz zwischen sozialen Bewegungen, Verbänden einerseits und Parteien andererseits feststellbar. Die Volksparteien bekunden mehr Mühe, ihre politischen Positionen «marktgerecht» zu verbreiten.

38 U. Windisch, P. Amey, F. Gretillat: *Communication et argumentation quotidiennes en démocratie directe*, Ms., Genf 1994.

Rhythmus von Krisenphasen einen Transfer von Themen und Meinungen von der sozialen und politischen Peripherie in die Leitmedien der Gesellschaft³⁹. Während in strukturzentrierten Wachstumsperioden die traditionellen Kommunikationszentren die Themen und Meinungen der politischen Kommunikation weitgehend bestimmen, sind Krisenphasen gekennzeichnet durch die rasche Diffusion neuer Themen und Interpretationen von sozialen Bewegungen, Protestparteien und Charismaträgern⁴⁰. Die Generierung neuer und konfliktiver Leitbilder, der rasche Wert- und Normenwandel und Legitimierungs- und Entlegitimierungsschübe in sozialen Krisenphasen lassen sich ohne Berücksichtigung der Karriere dieser immer wieder neuen politischen Akteure nicht erklären. Die diskontinuierliche Bedeutung von Bewegungen der sozialen Peripherie ist trotz des seit den 70er Jahren einsetzenden Aufschwungs der Forschung über die 'neuen' sozialen Bewegungen⁴¹ noch nicht genügend erkannt. Vertiefte Erkenntnisse sind diesbezüglich v. a. in vierfacher Hinsicht vonnöten:

1. Die vergleichende historisch-soziologische Untersuchung der sozialen Bewegungen, Protestparteien und kollektiven Vertrauensdelegationen an Charismaträger bildet den Königsweg zu einer anomietheoretisch geleiteten Erfassung nicht-beabsichtigter Folgen rascher Modernisierungs- und Wachstumsprozesse⁴². Die Karriere sozialer Bewegungen, ihr Rekrutierungserfolg und ihre Politisierungseffekte haben den Status von Früh-

39 Nationalfondsprojekt: Krise und sozialer Wandel. Untersuchung von Medienereignissen in der Schweiz von 1910 bis 1994. Vgl. dazu: Imhof et al. (1993); K. Imhof, H. Kleger, G. Romano (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Reihe: *Krise und sozialer Wandel*, Bd. 2, Zürich 1996. Regelmäßig ist in diesen Umbruchperioden auch eine Problematisierung des 'Fremden' in der Gesellschaft und ein konfliktinduzierter Zuwachs der gemeinsamen Thematisierungsintensität zu verzeichnen. D. h., in Krisen- und Umbruchperioden thematisieren die Medien in viel ausgeprägterem Masse als sonst dieselben Ereignisse. Vgl. K. Imhof: «Zur Semantik des Fremden in sozialen Krisenphasen», in: H.-R. Wicker, C. Bolzmann, R. Fibbi, K. Imhof, A. Wimmer (Hg.): *Migration, Ethnizität und Staat. Das Fremde in der Gesellschaft*, Zürich 1996; ders., «Medienereignisse als Indikatoren sozialen Wandels», in: Zeitschrift «*Relation. Medien – Gesellschaft – Geschichte*» hg. von der Historischen Pressedokumentation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Heft. 1, Wien 1995.

40 Zu einer Studie der 68er Bewegung in Frankreich und zur Kontingenz von Mobilisierungsprozessen in Krisensituationen vgl. I. Gilcher-Holthey: «Die Nacht der Barrikaden. Eine Fallstudie zur Dynamik sozialen Protests», in: Neidhardt et al. (1994), S. 375ff. Zu einer vergleichenden Analyse der klassenantagonistischen Krise ausgangs des Ersten Weltkriegs: A. Ernst: *Sonderfall und Sonderweg: Krise und Stabilisierung in Deutschland und der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg*, Dissertation an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich, Zürich 1996.

41 Eine Übersicht findet sich in: F. Neidhardt, D. Rucht: «Auf dem Weg in die Bewegungsgesellschaft? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, *Soziale Welt*, Heft 3, 1993. Vgl. auch: D. Rucht: «Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen», in: Neidhardt et al. (1994); H. Kriesi: *The political Opportunity Structure of New Social Movements: Its Impact on Their Mobilization*, Discussion Paper FS III 91–103, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1991.

42 H. Siegenthaler: *Regelvertrauen, Prosperität und Krisen*, Tübingen 1993; H.-J. Hoffmann-Nowotny: *Wirtschaftswachstum und soziokulturelle Destabilisierung*, in: K. v. Beyme, K. Borchardt et al. (Hg.): *Wirtschaftliches Wachstum als gesellschaftliches Problem*, Zürich 1978.

indikatoren im sozialen Wandel, weil sie individuelle Anomie in kollektive Anomie umwandeln. Ihre Deutungsangebote reduzieren die Komplexität des sozialen Wandels radikal, indem sie sich auf Entwicklungen, die es entweder zu verhindern oder zu fördern gilt, monothematisch fixieren. Dadurch produzieren soziale Bewegungen *neue Konfliktlinien* und verschaffen der öffentlichen politischen Kommunikation zum klar umrissenen Thema klare Gegner. Die vergleichende Analyse erfolgreicher sozialer Bewegungen, ihrer Konstrukte und Diffusionswirkungen, ihre Mobilisierungsformen, die sozialen Orte ihrer Rekrutierungserfolge und die soziale Lage ihrer Teilnehmer führt in medias res der Ursachen und Wirkungen raschen Wert- und Normenwandels.

2. Die *immer wieder neuen* sozialen Bewegungen im Vorfeld und im Verlauf von Krisenphasen beziehen sich mit ihren neuen Weltinterpretationen regelhaft auf ideologische Ressourcen, die in peripheren Milieus tradiert worden sind. Diese *autonomen Öffentlichkeiten* sind für die Dynamik des sozialen Wandels in modernen Gesellschaften von grundlegender Bedeutung. Bei den autonomen Öffentlichkeiten hat man es mit Milieus zu tun, die sich hartnäckig dem herrschenden Konformitätsdruck entziehen und dementsprechend *im Horizont eigener Deutungsmuster die Welt interpretieren*. Die ausserhalb von Umbruchperioden geltungsschwachen, jedoch in diesen Milieus tradierten, politischen Ideologien können in sozialen Krisen aktualisiert werden: Sie bieten greifbare Orientierungsmuster, die über soziale Bewegungen in die leitmediale politische Kommunikation eingespielen werden⁴³. Wenn die 'gesellschaftliche Konstruktion von Wirklichkeit' in der öffentlichen Kommunikation immer wieder von Themen und Interpretationen peripherer Gruppierungen beeinflusst wird, dann ist die Erforschung dieser Milieus und ihrer Reproduktionsbedingungen und -leistungen ein Forschungsdesiderat.

3. Die Bedeutung autonomer Öffentlichkeiten in strukturzentrierten Phasen lässt sich auch über ihre identitätsstiftende Funktion begründen. Vom gesellschaftlichen Grundkonsens radikal abweichende Gruppierungen sind strukturwirksam, weil sie die Grenzen der Zugehörigkeit zur Gesellschaft markieren und damit eine identitätsversichernde und integrierende Funktion ausüben. Das Beispiel der PdA im Kalten Krieg zeigt, dass sie, stigmatisiert als Feind in den eigenen Reihen, selbst zu einem wichtigen Bestandteil des Basiskonsenses der staatstragenden politischen Kräfte wurde⁴⁴. Die Frage nach der Genese, der stabilisierenden Wirkun-

43 So verdankt sich etwa der 'Marxismus' der «Neuen Linken» der 60er und frühen 70er Jahre den Tradierungsleistungen der PdA in den 50er Jahren. Zusätzlich wurden die ersten Organisationen der Neuen Linken durch ehemalige PdA-Mitglieder geschaffen.

44 K. Imhof: «Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz», in: Imhof et al. (1996).

gen und der Folgen solcher inkludierender Ausgrenzungsprozesse in der öffentlichen politischen Kommunikation vom Kulturkampf bis zum Kalten Krieg weist auf ein wenig erschlossenes Forschungsfeld hin.

4. Bis zur Mitte der 70er Jahre sind die sozialen Bewegungen ausschliesslich in Umbruchperioden erfolgreich. In der klassenantagonistischen Krise ausgangs Ersten Weltkrieges (Arbeiterbewegung, Schutzbünde, Bauernbewegungen), in der Krise der 30er Jahre (Fronten, Jungbauern, LdU, Richtlinien), in der schwierigen Transformationsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg (PdA) und seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre (Überfremdungsbewegungen, 68er Bewegung; 'Neue Linke') konnten soziale Bewegungen zeitweilig reüssieren, weil sie die Themen öffentlicher politischer Kommunikation bestimmen konnten. Seit den 70er Jahren ist allerdings eine Verstetigung des Phänomens sozialer Bewegungen zu beobachten. Ihre Lebensdauer ist deutlich höher, und sie erobern feste politische Themenbereiche für sich (insbesondere: Umwelt, Geschlechterdifferenz, Ausländer- bzw. Asyl- und Europapolitik, Landesverteidigung). Soziale Bewegungen erfüllen offensichtlich Authentizitätsbedürfnisse, die seit dem Zerfall der parteipolitischen Grossmilieus in der Konkordanzpolitik durch die herkömmlichen Parteien nicht mehr gedeckt werden. Die lebensweltliche Bindung innerhalb der katholisch-konservativen, der liberalen und der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen 'Gemeinschaften in der Gesellschaft' erodierte zugunsten eines interessenorientierten Bezugs zu den entsprechenden Parteien. Zusätzlich sind soziale Bewegungen an die veränderten Bedingungen öffentlicher politischer Kommunikation seit dem beschleunigten Zerfall der Parteipresse besser angepasst. Dieser 'Strukturwandel der Öffentlichkeit' bietet dem gezielten Regel- und Tabubruch sozialer Bewegungen *unvergleichlich bessere Resonanzchancen* als die nach politischen Kriterien gesteuerte mediale Kommunikation in der Ära der Parteipresse⁴⁵. Dadurch sehen sich jedoch herkömmliche Parteien einem erhöhten *Bewegungsdruck* ausgesetzt, und sie neigen mehr und mehr dazu, sowohl die Argumentationsrationalität sozialer Bewegungen zu kopieren, ja sich gar selbst mit solchen zu liieren, um sowohl an der Macht zu partizipieren, wie von den Früchten

45 Zur Evidenzierung dieses Prozesses muss eine historische Reminiszenz genügen: Der Frontenfrühling 1933 war ein bedeutendes Medienereignis, weil wesentliche Kräfte innerhalb der bürgerlichen Parteien einer fundamentalen Neuorientierung der Schweiz zunächst nicht ablehnend gegenüberstanden und weil die sozialdemokratische und die kommunistische Presse in der Frontenbewegung die Speerspitze der faschistischen Gefahr perzipierten. Der in der geistigen Landesverteidigung gipfelnde Konsensualisierungsprozess verdrängte jedoch die Frontenbewegung im Verlauf dieser 30er Jahre aus der öffentlichen Kommunikation. Die Fronten erlitten durch abnehmende mediale Resonanz einen langsamen Tod, der auch durch 'medienswirksame' Aktionen wie Aufmärsche und Saalschlägereien nicht aufzuhalten war. Eine solche Immunität der Aufmerksamkeitsstrukturen der Medien ist heute nicht mehr zu erwarten.

einer plebiszitären Gegenmacht zu profitieren. Das Beispiel der Schweizerischen Volkspartei und ihrer Beziehung zur AUNS wie die Verflechtung zwischen der SPS und der GSOA und der Frauenbewegung und auch die Grünen weisen daraufhin, dass die Grenzen zwischen klassischen Parteien und sozialen Bewegungen durchlässig werden. Unter dem Druck veränderter Bedingungen öffentlicher Kommunikation beginnen sich mit anderen Worten auch die Parteien zu verändern. Eine überfällige Vertiefung der schweizerischen Parteiengeschichte müsste diesem Prozess Rechnung tragen⁴⁶.

c) *Semiautonome Sphären*. Zur Kommunikationsstruktur moderner Gesellschaften gehören auch die semiautonomen Sphären *Religion*, *Wissenschaft* und *Kunst*. Mit ihnen sind in der Moderne – ungleich allen anderen Gemeinschafts- und Gesellschaftsformen – *Expertenkulturen* begrenzter Handlungsrationalität institutionalisiert. Diese institutionell abgesicherten sozialen Räume stehen gerade durch ihre je exklusiver Weltorientierung moralischen, kognitiven und ästhetisch-expressiven Typs in einem latenten Spannungsverhältnis zur Gesellschaft, die in ihren Entscheidungsfindungsprozessen stets mit moralischen Fragen, Sachverhalten und subjektiven Expressionen gleichzeitig konfrontiert ist⁴⁷. Gleichwohl sind die Wirkungen religiös-ethischer Stellungnahmen, wissenschaftlicher Rechtfertigungen politischen Handelns und die Rolle des Kunstdiskurses in der öffentlichen politischen Kommunikation in keiner Weise systematisch untersucht. Im Rahmen Öffentlichkeitsforschung interessieren nicht in erster Linie die religions-, wissenschafts- oder kunstgeschichtlichen Analysen der Entwicklungsdynamik dieser Sphären, sondern ihre unterschätzte Rolle in der öffentlichen politischen Kommunikation.

Religion: Die 'Landeskirchen' verstehen sich als – durchsetzungsunfähige und gerade deshalb gewissenssensibilisierende – *Instanz der Vergegenwärtigung der Postulate christlicher Ethik*. Diese Postulate werden durchaus in kritischer Absicht gegenüber bestehenden Zuständen oder beabsichtigter Handlungen bei allen Fragen vermuteter Existenzbeeinträchtigung artikuliert. Seien dies sozial-, umwelt- und bevölkerungspolitische Probleme oder ethisch motivierte Stellungnahmen zum Rechtsvollzug, zur Sterbehilfe, zum Krieg, oder seien dies Verantwortungsmahnungen angesichts zugewachsener wissenschaftlich-technischer Kompetenzen über die naturale Welt. Die Öffentlichkeitsforschung sieht sich hier mit einem weiten Feld konfrontiert: Die Alltagsrelevanz reli-

46 Vgl. dazu den Beitrag von Andreas Ernst in diesem Heft.

47 Vgl. Imhof (1994), S. 417ff.

giös-ethischer Begründungen in der politischen Kommunikation, die grundsätzlichen ethischen Auseinandersetzungen im diachronen Vergleich sowie die nach wie vor existierenden religiösen Rituale zu Handen der Öffentlichkeit gilt es zu untersuchen, um die Bedeutung des Religiösen in der säkularisierten Moderne bestimmen zu können. Die Analyse der Argumentationslogiken im Kalten Krieg zeigt jedenfalls, dass religiöse Differenzsemantiken von entscheidender politischer Bedeutung sein können⁴⁸.

Wissenschaft: Szientistische Analysen sind als Handlungsbegründungen, Legitimationen und Evaluationen in Form von Expertengutachten fester Bestandteil politischer Entscheidungsfindung⁴⁹. Wissenschaftliche Interpretationen und Argumentationsformen sind auch längst Teil des Alltagsgesprächs und führen gar zu Rückkoppelungseffekten und Self-Fulfilling-Prophecies, wenn wissenschaftliche Deutungsangebote diffundieren. Bezüglich der Analyse des politischen Rasonnements interessiert nicht die Korrektheit szientistischer Handlungsbegründungen, sondern vielmehr die Bedeutung dieser Legitimationen in der politischen Kommunikation und ihre Eigenschaft im Entscheidungsfindungsverfahren den Diskurs zu rationalisieren, indem sie als 'dritte' Positionen in Form von Expertenwissen politische Entscheidungsprobleme in Handlungsrahmenbedingungen und approximative Folgewirkungen zerlegen.

Kunst: Kunstdebatten begleiten die Moderne. Der Kunststreit scheint regelmässiger Bestandteil der Auseinandersetzung über Fortschritt und Bewahrung im sozialen Wandel zu sein, weil sich im Streit über Kunst milieuspezifische Lebensauffassungen spiegeln. Öffentliche Kunstdiskurse verlassen das künstlerischen Expressionen gegenüber adäquate Argumentationsfeld ästhetischer Urteile und Wahrhaftigkeitsfragen zugunsten des *normativen Feierns* von Kunst bzw. der *Kunstverdammnis*. Allerdings entstammen expressive Argumentationsformen im politischen Diskurs nicht nur, bzw. nicht einmal hauptsächlich, der Kunstsphäre. Das argumentationsverhindernde 'Outing' subjektiver Befindlichkeiten, der Rekurs auf nicht verallgemeinerungsfähige Gefühle betroffener Innerlichkeit, ist möglicherweise ein Argumentationsmodus, der mit der *Individualisierung* einhergeht. Beides, sowohl der Kunststreit wie der öffentliche Ausdruck von subjektiven Betroffenheiten, die 'Tyrannei der Intimität' also, sind Desiderate der Öffentlichkeitsforschung.

48 Imhof (1996); H. Geser, P. Troxler: *Der religiöse Faktor in der Schweizer Politik*, Ms., Zürich 1994.

49 Vgl. dazu als empirisches Beispiel: M. Buchmann: «The Impact of Resistance to Biotechnology in Switzerland: A Sociological View of the Recent Referendum», in: M. Bauer (Hg.): *Resistance to New Technology – Past and Presence*, Cambridge 1995.

Wenn die «Öffentlichkeit» die primären Sozialisationsagenturen Familie, Schule und Kaserne umgreift und fortsetzt, mithin die Glieder einer Gesellschaft sich als Gesellschaftsmitglieder erfahren lässt, und wenn die «Öffentlichkeit» die Gesellschaft als solche steuerungsfähig macht, dann werden neben den Leitmedien einer Gesellschaft alle Kommunikationszentren und Sphären wichtig, um das öffentliche Raisonement aus der Beobachterperspektive analysieren zu können, um also Gesellschaft über ihre Kommunikation zu erfassen. Die Analyse der öffentlichen politischen Kommunikation und ihrer Teilnehmer gibt uns die Möglichkeit, den eigenwilligen Entwicklungsgang moderner Gesellschaften besser zu verstehen. Der Rekurs auf die öffentliche Wirkung von Kommunikation bildet darüber hinaus ein Gegengewicht, das die mit der kommunikationstheoretischen Wende in den Geistes- und Sozialwissenschaften verbundene 'Miniaturisierung' der geistes- und sozialwissenschaftlichen Analysen auf das Nahe und Überblickbare ausgleicht. Die Analyse dessen, was die «Öffentlichkeit» einer Gesellschaft ausmacht, wie sie strukturiert ist und welche Kommunikationsverläufe sie wann selegiert, klärt uns über eben diese Gesellschaft – vergangene oder gegenwärtige – auf.



**KLIO Buchhandlung und Antiquariat
von der Crone, Heiniger Linow & Co.**

Fachbuchhandlung für Geschichte mit fachspezifischen
Dienstleistungen und umfangreichem Sortiment

Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal

Zudem An- und Verkauf antiquarischer Bücher

Geschichte

Philosophie

Soziologie

Politologie

Ethnologie

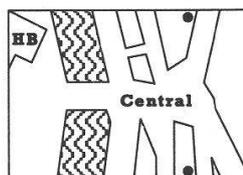
Dritte Welt

Germanistik

Belletristik

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 41
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1

KLIO Antiquariat
Weinbergstrasse 15
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1



Tel. 01 251 42 12
Fax 01 251 86 12